



Suchergebnisse: Stadtrat

20. Januar 1452 – Es tobt wieder die Pest in der Stadt

München * Es tobt wieder die Pest in der Stadt. Zur Beratung wird für 26 Pfennige Malvasier-Wein für den Stadtrat gekauft.

21. Februar 1484 – Aufwandsentschädigung wegen der Pest

München * Während der Pestzeit haben die meisten Stadträte die Stadt verlassen. Diejenigen, die die Amtsgeschäfte weitergeführt haben, erhalten jetzt vom Rat eine Aufwandsentschädigung zugebilligt.

7. November 1486 – Die Stadt Landshut veröffentlicht eine Brauordnung

Landshut * Die Stadt Landshut veröffentlicht eine Brauordnung. Eine Abschrift erhält auch der Münchner Stadtrat, dem sie zur Orientierung dient. Sie beinhaltet ein Reinheitsgebot, das als Bestandteile des Bieres nur Gerste und Hopfen nennt.

22. Mai 1489 – Der Stadtrat erlässt eine Weinschenken-Ordnung

München * Der Rat der Stadt erlässt eine 27 Artikel umfassende Weinschenken-Ordnung.

25. Juli 1495 – Die Jakobi-Dult fällt wegen der Pest aus

München * Es herrscht immer noch Pest. In Abstimmung mit dem Stadtrat ordnet Herzog Albrecht IV. an, dass die Jakobi-Dult nicht abgehalten werden soll.

1573 – Das Anwesen geht an die Familie Hainmiller

München-Graggenau * Der Bäcker und Stadtrat Sigmund Hainmiller erwirbt das Anwesen in der Burgstraße 16 [A]. Noch im selben Jahr verkauft er es an seinen Sohn, den Brauer Simon



Hainmiller, weiter.

1578 – Der Rat der Stadt soll die Pfaffenhuren (Konkubinen) aus der Stadt treiben

München * Der Rat der Stadt erhält von Herzog Wilhelm V. den Auftrag, die „Schlafweiber“ genannten Pfaffenhuren (Konkubinen) aus der Stadt zu vertreiben. Dabei sieht der Stadtrat nicht nur die menschliche Seite des Problems, sondern sorgt sich auch um die unversorgten Kinder, sodass er drei Jahre später wegen Nachlässigkeit im Kampf gegen die Konkubinen zu einer Geldstrafe von 500 Gulden verurteilt wird.

26. April 1607 – Die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz in Donauwörth

Donauwörth * Zur nächsten Markusprozession schickt der Kaiser Kommissare nach Donauwörth, die einen geregelten Ablauf sicherstellen sollen. Doch die Protestanten belagern das Kloster Heiligkreuz und lassen weder die Kommissare noch die Katholiken zur Prozession aus dem Kloster. Der ausschließlich aus Protestanten bestehende Stadtrat toleriert dieses Verhalten.

25. April 1614 – Alle fremden Bettler müssen München verlassen

München * Nach einem Befehl des Stadtrats müssen alle fremden Bettler durch die städtischen Amtsleute aus dem Münchner Burgfrieden geschafft werden. Wer wieder zurückkommt, wird mit Peitschenhieben bestraft werden.

20. Juni 1614 – Geld für den Wiederaufbau des Turms der Peterskirche

München-Angerviertel * Für den Wiederaufbau des im Jahr 1607 durch Blitzschlag abgebrannten Turm der Peterskirche genehmigt der Stadtrat 1.000 Gulden Bausteuer. Weitere städtische Zuschüsse werden folgen.

21. November 1614 – Ungeratene Kinder werden in den Turm gesperrt

München * Gabriel Ridler bittet den Stadtrat, seinen Sohn Ernst „wegen seiner vielen Schulden und seines liederlichen Lebenswandels“ im Turm einzusperren. Der Rat der Stadt bewilligt die



Bitte, da man schon öfter „ungeratene Kinder auf diese Weise coerziert“ hat.

4. Dezember 1615 – Der Stadtrat beschließt die Hinrichtung von drei Hexen

München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt die Hinrichtung der drei Hexen: Barbara Bärbl, Elisabeth Elsl und Katharina Schwerzin. Auch der Hofrat schließt sich dem Vorschlag an. Doch nun stellt sich Herzog Maximilian I. gegen die Auffassung des Stadtrats und seiner eigenen Justizbehörde. Auf Drängen Herzog Maximilians I. nimmt dieser städtische Hexenprozess beinahe wieder ausufernde Formen an. Getreu der Doktrin: „Wo eine Hexe ist, da sind noch mehr zu finden.“

8. November 1616 – Elsl Schwerzin wird als Hexe hingerichtet

München * Elsl Schwerzin wird als Hexe hingerichtet, die Alte Schwerzin freigelassen und von der Stadt versorgt. Bärbl gibt in ihrer Verwirrung immer neue Geständnisse ab, denen der Stadtrat aber keinen Glauben mehr schenkt.

1624 – Der Stadtrat lässt Bettler mit Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen

München * In einem Bericht an Kurfürst Maximilian I. betont der Stadtrat, dass er starke Bettler und Bettlerinnen in Eisen schlagen und anschließend zur Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen lässt. Mit diesen Zwangsmaßnahmen wollen die Stadt- und Landesherren den „Arbeitsscheuen“ den Teufel des Müßiggangs austreiben. Doch nach ihrer Entlassung finden die Bettler trotzdem keine Möglichkeit der Beschäftigung vor.

14. Mai 1632 – Geldzahlungen statt Plünderung und Mord

München - Freising * Der kurfürstliche Kriegsrat Johann Küttner und die Münchner Bürgermeister Friedrich Ligsalz und Ferdinand Barth sowie der Stadtrat Paulus Parsdorfer reisen nach Freising. Dort treffen sie den Schwedenkönig Gustav Adolf und bitten ihn um Schonung der Stadt vor Brand und Plünderung, die Sicherung der Personen und Eigentum und die Bewahrung von Religion und politischer Verfassung. Sie bieten dafür die Bezahlung einer Kontribution [Geldzahlung] an.



13. Januar 1724 – Erweiterung des Burgfriedens um das Kloster am Lilienberg

München - Au * Gegen den Willen des Stadtrats erfüllt Kurfürst Max Emanuel die Bitte von Johann Maximilian von Alberti und stimmt der Erweiterung des Münchner Burgfriedens um das Kloster am Lilienberg zu.

28. Januar 1728 – Der Brauer Bernhardt Rüdts will einen Bierkeller erbauen lassen

München-Ludwigsvorstadt * Der Bierbrauer Bernhardt Rüdts will einen Bierkeller an der heutigen Landsberger Straße erbauen lassen. Der Märzenkeller ist beim Stadtrat nicht erwünscht, weshalb durch eine Expertenrunde Argumente gegen das Bauwerk gesucht werden sollen.

1730 – Der Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert

Haidhausen - Au * Aus Beschwerden des Münchner Rats wissen wir, dass Auf den Lüften in der Gegend des heutigen Rosenheimer Platzes, ein Viehmarkt entstanden ist. Der sich aus „wilder Wurzel“ entwickelnde Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert und macht dem Münchner Viehmarkt am Anger erhebliche Konkurrenz. Dagegen läuft der Münchner Rat Sturm. Weil aber die Gegend der Lüften zu dieser Zeit noch in den Grenzen des Pfleggerichts Wolfratshausen und damit außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt, ist sie der Gerichtsbarkeit und dem Zugriff der Münchner Obrigkeit entzogen. Der Stadtrat fordert deshalb durch seinen Amtmann Jakob Röderer alle Viehhändler und Viehtreiber auf, ihre Tiere auf den Münchner Viehmarkt am Anger hereinzutreiben. Doch es hilft nichts.

28. Juni 1748 – Der Brauer Mathias Porttenlenger darf einen Märzenkeller bauen

Haidhausen * Der Bierbrauer Mathias Porttenlenger vom Hallmaierbräu erhält vom Stadtrat die Erlaubnis, am Isarberg, heute etwa Rosenheimer Straße 13, einen „eichenen Stadel zur Unterbringung von Fässern“ und gleichzeitig auch einen Märzenkeller zu erbauen. Der jährliche Bodenzins beträgt 10 Gulden. Der Bau einer Wohnung wird verweigert. Ohne Genehmigung der Stadtkammer dürfen die Baulichkeiten weder erweitert noch an einen anderen Besitzer übergeben werden. Die gleiche Einschränkung gilt auch für die Aufnahme einer Hypothek.

19. Januar 1784 – Der Stadtrat legt dazu eine Reihenfolge des Bierausschanks vor



München * Auswärtiges Bier darf erst dann eingeführt werden, wenn das Bier der Münchner Brauer verkauft ist. Der Stadtrat legt dazu eine Reihenfolge des Ausschanks vor. Im ersten Los darf nur das Bier aus den Kellern der Stadt ausgeschenkt werden. Im zweiten Los wird jedem Brauer freigestellt, ob er sein Bier in der Stadt oder am Gasteig ausschänkt. Die Stadtkeller müssen aber vor den Märzenkellern am Gasteig öffnen. Im dritten Los darf das Bier nur vor der Stadt ausgeschenkt werden. Der Brauer, der noch keinen Bierkeller hat, soll einen bauen oder mieten. Außerdem sollen die Brauer über die einzusiedende Biermenge eine Übereinkunft treffen und diese dem Magistrat zur Genehmigung vorlegen.

26. März 1784 – Metzger lassen ihre Hunde in den Fleischbänken das warme Blut trinken

München * Der Stadtrat beauftragt den Wasenmeister Adam Kuisl mit einer heiklen Mission. Er soll den Unfug abstellen, dass die Metzger ihre Hunde in den Fleischbänken das warme Blut trinken lassen;

31. März 1784 – Der Stadtrat ermahnt die Bierbrauer und droht ihnen mit Strafen

München * Der Stadtrat ermahnt die Bierbrauer und droht ihnen mit Geldstrafen und mit „unliebsameren Strafen“. Der Grund sind die Beschwerden der Auer Wirte. Die Brauer dürfen künftig nur noch in der Zeit, in der sie den „ordentlichen Kranz“ besitzen, in ihren Märzenkellern Gäste mit Bier bewirten, Kugelplätze und Spieltische betreiben sowie durch Musikanten zum Tanzen aufspielen lassen;

28. Juli 1790 – Der Magistrat greift die verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn an

München * Der Magistrat, den man bei der Formulierung der „allgemeinen Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten“ übergangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang. Der Magistrat verbreitet eine Rechtfertigungsschrift, in welcher er die Intrige Sir Benjamin Thompsons aufdeckt und eine „Verbindung zwischen einer verfehlten Regierungspolitik und den revolutionären Vorgängen in Frankreich“ herstellt.

31. Juli 1790 – Kurfürst Carl Theodor setzt den Magistrat ab



München * Kurfürst Carl Theodor empfindet die Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli und die darin enthaltenen Angriffe auf die „verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn“ als Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Er lässt ein Exempel statuieren, den gesamten Inneren- und Äußeren Rat vor eine kurfürstliche Spezialkommission bringen und einzeln verhören. Bis zur nächsten Stadtratswahl überträgt er die Geschäfte einer kurfürstlichen Stadtadministrationskommission.

22. September 1790 – Franz Schweiger darf weder in der Stadt noch im Burgfrieden auftreten

München • Der Antrag des Schauspieldirektors Franz Schweiger für ein Engagement im Kreuzgießberggarten wird vom Stadtrat abgelehnt. Er darf weder in der Stadt noch im Burgfrieden auftreten.

22. Dezember 1790 – Kurfürst Carl Theodor verweigert die Bestätigung der Wahlmänner

München * Bei der turnusmäßig vorgenommenen Neuwahl der Stadträte verweigert Kurfürst Carl Theodor die Bestätigung der Wahlmänner und überträgt bis auf Weiteres die Führung der magistratischen Geschäfte einer landesherrlichen Kommission. Die Verfasser der Flugschrift werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen.

29. Juli 1801 – Einbürgerungsbefehl an den Stadtmagistrat

München - Mannheim * Verärgert und sehr deutlich im Ton schreibt Kurfürst Max IV. Joseph nach der Ablehnung des Münchner Bürgerrechts an den Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim dem Stadtrat: „Nach reifer Überlegung und mit der Gewißheit, daß das Recht auf meiner Seite ist, befehle ich hiermit dem meinen Stadtmagistrat, spätestens morgen Abends 6 Uhr, dem Handelsmann Michel von Mannheim, das Bürgerrecht zu ertheilen, widrigenfalls ich mich genöthigt sehen würde, die strengsten Mittel zu ergreifen. Für den geringsten Exceß haftet jedes Magistratsglied persönlich“.

19. Mai 1832 – Der Neustadter Stadtrat richtet eine uniformierte Sicherheitsgarde ein

Neustadt * Der Neustadter Stadtrat richtet - neben der Gendarmerie - eine aus Neustadter Bürgern zusammengesetzte, uniformierte Sicherheitsgarde ein. Das Tragen von Feuer- und



sonstigen Waffen wird verboten.

1839 – Die Maximilianstraße wird entwickelt

Haidhausen - München-Lehel - München-Graggenau * Der Standort des heutigen Maximilianeums wird erst ins Auge gefasst, nachdem Thronanwärter Max II. mit dem Gedanken einer vom Max-Joseph-Platz ausgehenden und zur „Akropole“ führenden Prachtstraße spielt. Damals notiert er unter „Auszuführendes in München“ den Plan einer „Verbindung der Stadt mit der Isar von der Neuen Residenz aus über das Lehel“. Max' II. Vision wird später von Friedrich Bürklein folgendermaßen beschrieben: „Die Anlage eines großen öffentlichen Gartens mit Vergnügungsplätzen, ausgestattet mit schönen Alleen zwischen Fahr- und Fußwegen, mit Blumenbosquets, ist ein Bedürfnis. In der Hauptform eines römischen Forums angelegt ein würdiger Bauplatz für öffentliche Bauten und Monumente, ein Corso, ein Sammelplatz der gebildeten Welt. Gleich den Champs-Élysées in den entfernten Theilen zwischen Privatgebäuden: Conditoreien, Kaffee- und Speisehäuser, Säle für Musikfeste und Cirkus. Für die Anlage eines Objektes auf der Isaranhöhe wird ein Garten um so maßgebender, als durch diese Disposition genanntes Objekt gleichsam als Akropole für die Stadt erscheint.“ Der künftige König will eine - dem großstädtischen Charakter der Residenzstadt angemessene - Ausfallstraße nach Osten errichten lassen und befindet sich damit in vollkommener Übereinstimmung mit Münchens Stadtrat, der die Aufwertung dieses Stadtbereichs nach der ins Auge gefassten Eingemeindung der Vororte Haidhausen und Giesing sowie der Vorstadt Au schon seit längerer Zeit favorisiert. Außerdem spielen militärische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle, da über die Straße die Armee zum Schutz der Residenz und zur Verhinderung von Zusammenrottungen aufständischer Bürger schnellstens aufmarschieren kann.

1. Oktober 1854 – Die Ramersdorfer Lüften kommen zum Landgericht rechts der Isar

Ramersdorf * Im Zusammenhang mit der Eingemeindung Haidhausens nach München überlegte der Stadtrat ganz konkret, das gesamte Gemeindegebiet von Ramersdorf gleichzeitig in den Münchner Burgfrieden zu integrieren. Diese Pläne zerschlugen sich zunächst. Dafür wird das Landgericht Au aufgehoben und die Ramersdorfer Lüften gemeinsam mit der Gemeinde Ramersdorf dem Landgericht rechts der Isar zugeteilt.

1868 – Der Untergiesinger Eisenbahndamm entsteht



München-Untergiesing * Zur optimalen Straßenführung legt die Bahnverwaltung „einen Eisenbahndamm von der Brücke angefangen bis zum Berge von Giesing, und durch diesen einen aufsteigenden tiefen Einschnitt“ an. Damit wird Untergiesing in zwei Hälften zerschnitten. Proteste der Untergiesinger stellen heraus, dass mit dem plumpen und unansehnlichen Bahndamm die Vorstadt in ihrer baulichen Entwicklung beeinträchtigt, dass zumindest die in der Nähe des Damms liegenden Grundstücke entwertet und der Bevölkerung eine „unästhetische und unerträgliche Last aufgebürdet“ wird. Der Stadtrat befürchtet bei einem Bruch des Hochwasserdammes der Isar können die hereinströmenden Wassermassen große Teile Untergiesings überschwemmen. Statt des festen Bahndammes fordert man deshalb die Herstellung der Bahntrasse auf Pfeilern. Die Bahnverwaltung hält aber die vorgetragenen Hochwasserängste für stark übertrieben, da genügend Öffnungen für Straßen und Bäche vorgesehen sind. Gleichzeitig stellt sie die - berechnete - Frage, ob eine leichtere Bauweise etwas an der Lautstärke und der Ästhetik ändern würde. Zum Bau des Bahndamms wird auf der gesamten Strecke zwischen dem Bergeinschnitt und der Braunauer Brücke ein sieben Meter hohes Holzgerüst aufgebaut. Diese Konstruktion trägt eine Rollbahn, mit der die Erdmassen aus dem Hangeinschnitt abtransportiert und anschließend auf beide Seiten der Holzkonstruktion herabgekippt werden. Das Holzgerüst verschwand nach und nach im aufgeschütteten Eisenbahndamm. Zehn Monate sind dafür vorgesehen, um die 60.000 Kubikmeter Erdreich, die beim Aushub des Einschnitts zwischen dem Giesinger Berg und dem Ostbahnhof anfallen, auf den Bahndamm zu verteilen. Voraussetzung ist aber, dass die Bauarbeiter pro Tag rund 750 Waggons der Rollbahn mit Erdreich be- und entladen. Auf dem Streckenabschnitt sind drei Rollbahnzüge mit jeweils sieben Waggons ständig im Einsatz. Zu erheblichen Problemen führen nach der Inbetriebnahme der Bahnstrecke die Lärmentwicklung an der Eisenbahnbrücke am Kolumbusplatz und dem gesamten Weg des Damms. Der Lärmpegel war noch höher wie heute, da die Schienen ohne jede Geräuschdämmung direkt auf die eisernen Brückenläufe montiert worden waren.

5. Dezember 1893 – Nur 19.292 Münchner haben das Wahlrecht für die Stadtratswahl

München * Kommunalwahl: Von den rund 380.800 Einwohner Münchens haben gerade einmal 19.292 das Wahlrecht für die Stadtratswahl. Die Wahlberechtigten setzen sich vor allem Haus- und Grundbesitzern, selbstständigen Handwerkern, Geschäftsleuten und Industriellen zusammen. Nur der darf wählen, der das (gebührenpflichtige) Bürgerrecht besitzt. Voraussetzung dafür sind unter anderem der Besitz des Heimatrechts, ein ständiger Wohnsitz in München, die Entrichtung von Steuern sowie Unbescholtenheit und Volljährigkeit. Tagelöhner, Handwerksgesellen, kleine Gewerbetreibende und Frauen sind vom politischen Leben nahezu



ausgeschlossen. Trotzdem kann Georg Birk als erster Sozialdemokrat in das Gemeindegremium einziehen.

30. Oktober 1914 – Ein Arbeitsausschuss für Arbeitslosenfürsorge wird eingerichtet

München * Die städtischen Kollegien sehen sich gezwungen, einen Arbeitsausschuss für Arbeitslosenfürsorge einzurichten.

Juni 1919 – Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen

München * Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen, weil sie für die USPD zum Stadtrat kandidiert.

26. Juni 1919 – Enorme Zugewinne der USPD in Giesing

München-Giesing * Die SPD erreicht in ihrer einstigen Hochburg Giesing statt der bei der Landtagswahl am 12. Januar 1919 erreichten 58,9 Prozent jetzt bei der Stadtratswahl nur noch 18 Prozent. Dagegen erhöht sich der Stimmenanteil der USPD von 7,1 Prozent auf 45,4 Prozent der Giesinger Wahlberechtigten.

12. Mai 1920 – Dr. Fritz Gerlichs Wahl zum Stadtrat ist ungültig

München * Dr. Fritz Gerlichs Wahl zum hauptamtlichen Stadtrat in München wird für ungültig erklärt.

14. September 1920 – Verbot von Schnapsschenken auf dem Oktoberfest beantragt

München-Theresienwiese * Der Rechtsrat Max Heiglmaier stellt im Stadtrat den Antrag, „dass die auf der Wiesen zugelassenen Schnapsschenken wegen der zahlreichen Fälle sinnloser Betrunkenheit, wodurch die Anwohner der Wiesen belästigt wurden, geschlossen werden“.

Oktober 1921 – Die Volkshochschule München will ins Isartor



München-Graggenau * Die Volkshochschule München Akademische Arbeiterkurse e.V. nimmt Verhandlungen mit dem Münchner Stadtrat auf, um im Isartor ein festes Zentrum einrichten zu können.

August 1929 – Ein „Florida für die Armen“ mitten in Haidhausen

München-Haidhausen * In der Münchner Chronik der Süddeutschen Sonntagspost findet sich eine Reportage über die Vorkommnisse während der besonders heißen „Hundstage“. Ein Journalist beschreibt darin, mit welcher jubelnder Begeisterung die Haidhauser, besonders die Kinder, den neuen Brunnen angenommen haben. „Der Magistrat“, so der Zeitungsschreiber, hat den Kindern „ein kleines Paradies“ spendiert, ein „Florida für die Armen“, mit frischem, kaltem Wasser und einer Fontäneninsel in der Mitte, bei dem eigentlich nur die einladende Tafel „Familienbad für Kinder“ fehlt. Die Kleinen waten „lustig hinein in den Märchenbrunnen zu den dreißig anderen, die da planschen und spritzen, pfeifend und singend, umgeben von einem Kranz wohlwollender erwachsener Zuschauer“. Ein wahres Geschenk, denn die Badeanstalt kostet „ein Zehnerl Eintritt, das man erst haben muß, wenn man es ausgeben will“. Der gelobte Münchner Stadtrat reagiert auf die Hymnen unbeholfen und verlegen. Denn, so die Verlautbarung, er „hat gar nicht gewußt, was die Haidhauser Wirbelköpfe aus seinem Brunnen gemacht haben!“ Und weiter, die „Stadtverwaltung“ hat „es erst erfahren durch Zuschriften einiger galliger Umbewohner, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, die nicht verstehen, daß diese kleinen blassen Körperchen, die trotz der Ferien ans Großstadtpflaster gebannt sind, sich ein wenig austollen wollen. Ruhestörung! Es war ein Irrtum. Der Brunnen ist mißverstanden worden von den Kindern, von den Zuschauern, sogar von dem wackeren Polizeimann, der schmunzelnd vorbeiging und ebenfalls dachte, es sei ganz in Ordnung so“. Im Gegenteil. „Die Haidhauser hatten das Waten einfach auf eigene Faust eingeführt“ und angesichts der „Hundstage“ die „amtliche Billigung“ vorausgesetzt, muss sich der Journalist von der Stadtverwaltung belehren lassen. Natürlich muss ein Schild her, eine „leuchtende Verbotstafel“ mit der Aufschrift „Waten und Baden verboten“. Die sarkastische, weder die Stadtverwaltung noch die Miesmacher schonende Reportage stammt aus der Feder des nachmaligen SZ-Chefredakteurs und Herausgebers der Münchner Abendzeitung, Werner Friedmann.

1931 – Namensbezeichnungen mit kolonialem Bezug für Zamdorf

München-Graggenau - München-Zamdorf * Der Münchner Stadtrat beschließt einstimmig die Vorschläge der Namensbezeichnungen mit kolonialem Bezug für eine Emin-Pascha-Straße, die Wißmannstraße, die Lüderitzstraße und die Dominikstraße.



7. Oktober 1932 – Weitere Straßennamen mit kolonialem Bezug für Zamdorf

München-Graggenau - München-Zamdorf * Der Münchner Stadtrat beschließt die Vorschläge der Namensbezeichnungen mit kolonialem Bezug für die „Windhukstraße“, „Dualastraße“, „Günther-Plüschow-Straße“ und „Karl-Peters-Straße“. Die Beschlüsse fasst der Stadtrat einstimmig. Begründet werden die Straßenbenennungen mit der Erinnerung an die „geraubten ehemaligen deutschen Kolonien“.

26. April 1933 – Die SPD protestiert gegen die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger

München-Graggenau * Die SPD protestiert gegen die Ernennung des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Reichsstatthalters Franz Ritter von Epp zu Münchner Ehrenbürgern. Das ist der Anlass, weshalb die NSDAP-Stadträte die SPDler bei der nächsten Sitzung aus dem Sitzungssaal prügeln werden. In einer Erklärung lehnt die NSDAP „jede weitere Zusammenarbeit mit den marxistischen Arbeiterverrättern“ ab. Die SPD-Stadträte fordert sie auf, „sofort und ein für allemal aus der Gemeindevertretung zu verschwinden“.

22. Mai 1933 – Die Münchner SPD-Stadträte kommen in Schutzhaft

München * Sämtliche Münchner SPD-Stadträte werden in Schutzhaft genommen.

Juni 1933 – Keine Personen jüdischer Abstammung auf der Auer Sommerdult

München-Au * Der NS-Stadtrat bestimmt, dass für die Auer Sommerdult keine Personen jüdischer Abstammung zugelassen werden.

22. Juni 1933 – In Trudering entsteht ein Kolonialviertel

München-Graggenau - München-Trudering * Der von den Nationalsozialisten dominierte Stadtrat lässt aufgrund der durch die Eingemeindung Truderings am 1. April 1932 notwendigen Straßenumbenennungen ein sogenanntes Kolonialviertel entstehen. Die NSDAP kommt damit den alten Forderungen der Kolonialverbände und der Kriegerschaft Deutscher Kolonialtruppen entgegen. Die Straßen dieses Viertels setzen seither zusammen aus reinen Länderbezeichnungen - aber auch aus Ehrungen für einige der grausamsten Offiziere der



Kolonialgeschichte des Deutschen Reiches.

22. Juni 1933 – Der NS-Stadtrat fordert die Entfernung des Revolutions-Denkmals

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein fordert die Entfernung des Grabmals, das Kurt Eisner und dem Gedenken der Toten der Revolution gewidmet ist, da es „ein Ärgernis für jeden guten Deutschen und alten bayerischen Soldaten“ darstellt. Nachdem die Nationalsozialisten im Jahr 1933 den Gedenkstein zertrümmert haben, übergeben sie Kurt Eisners Urne dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Ungererstraße. Auch Gustav Landauers Grab wird für erloschen erklärt. „Der Abbruch der Denkmäler und die Beseitigung der Aschen hat unverzüglich zu erfolgen.“ Die Urnen von Eisner und Landauer werden der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben, die auch noch die Kosten zu tragen hat.

26. Juni 1933 – Empörung über die Zwangsmaßnahmen gegen Eisner und Landauer

München * In der Hauptstadt der Bewegung gibt es zu dieser Zeit noch immer Menschen, die die Zwangsmaßnahmen gegen die toten Kurt Eisner und Gustav Landauer empören. Es geht bei der NSDAP-Stadtratsfraktion ein anonymes Brief ein, in dem zu lesen ist: „Scheusale der Kultur!! Ihr seid doch echte Idioten lasst nicht einmal in Ruh die Totender Geist der Toten lebet fort trotz brauner Pest und Nazimord!!“

11. Juli 1933 – Juden dürfen nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden

München * Die Nazi-Stadträte regeln, dass die Asche verstorbener Juden nicht mehr auf christlichen Friedhöfen beigesetzt werden darf.

25. Juli 1933 – Die Machtergreifung der Nazis in München ist abgeschlossen

München * Durch das Verbot der KPD und SPD sowie der Auflösung der BVP wird das Stadtratsgremium auf 40 Sitze reduziert. Aus dem Kreis der NSDAP rücken 17 Stadträte in den nun rein nationalsozialistischen Stadtrat nach. Damit ist die Machtergreifung der Nazis in München abgeschlossen.

September 1933 – Der Bierpreis wird vom NS-Stadtrat auf 90 Pfennige festgesetzt



München-Theresienwiese * Der Bierpreis wird vom NS-Stadtrat auf 90 Pfennige festgesetzt.

11. September 1933 – Ein Denkmal für die Befreiung Münchens von den Räten

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein beantragt „ein Denkmal für die Befreiung Münchens vom Rätewahnsinn. [...] Zur dauernden Erinnerung an die geschichtlich bedeutsamen Maitage und als Dank für das Opfer des Lebens von über 200 Freikorpsoldaten“. Der Münchner Stadtrat schreibt daraufhin einen Wettbewerb für eine „Erinnerungsstätte zum Gedenken an die Befreiung Münchens 1919“ aus. Diese soll am Ostrand der Ramersdorfer Muster-Siedlung aufgestellt werden und die über Ramersdorf ankommenden Autobahnbenutzer begrüßen. Doch der für Ramersdorf geplante „Autofahrerschreck“ kommt nicht zur Aufstellung, dafür wird Giesing - aufgrund seiner „linken“ Vergangenheit - vom Nazi-Stadtrat als Standort für ein Freikorps-Denkmal auserkoren.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund



„keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

7. Dezember 1933 – Antisemitisch motivierte Straßenumbenennungen

München-Berg am Laim * Die Schüleinstraße und der Schüleinplatz werden in Halserspitzstraße und Halserspitzplatz umbenannt. Die Umbenennung erfolgt auf Grundlage eines zuvor gestellten Antrags aus dem nationalsozialistischen Stadtrat und ist Teil der antisemitisch motivierten Entfernung jüdischer Namen aus dem öffentlichen Raum. Damit wird die zuvor erfolgte Ehrung des Unternehmers Joseph Schülein rückgängig gemacht.

25. Januar 1934 – Die Ratsherren beauftragen den Neubau der beiden Ludwigsbrücken

München * Die in Ratsherren umbenannten Stadträte beauftragen das Stadtbauamt mit dem Neubau der beiden Ludwigsbrücken. Damit weicht man von dem ursprünglichen Vorhaben ab, nur die alte Äußere Brücke zu ersetzen. Bei beiden Brücken ist das Flussbett inzwischen so ausgespült, dass die Pfahlroste fast frei liegen. Außerdem haben sich die Durchflussverhältnisse der Inneren Brücke spürbar verschlechtert.

September 1934 – Der NS-Stadtrat führt die Pferderennen auf dem Oktoberfest wieder ein

München-Theresienwiese * Der NS-Stadtrat führt die Pferderennen auf dem Oktoberfest wieder ein - bis 1938.



1. April 1935 – Die Deutsche Gemeindeordnung tritt in Kraft

Berlin * Die Deutsche Gemeindeordnung tritt in Kraft. Die Stadträte heißen seither Ratsherren.

September 1936 – Verordnete Hakenkreuzfahnen wehen auf der Wiesn

München-Theresienwiese * Der NS-Stadtrat ordnet die einheitliche Beflaggung der Theresienwiese mit Hakenkreuzfahnen an. Weiß-blaue Landesfahnen und schwarz-gelbe Stadtfahnen werden untersagt.

26. März 1946 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus erhält seinen Namen

München-Kreuzviertel * Auf der 6. Sitzung des Münchner Stadtrats wird - knapp zehn Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des Dritten Reichs - für das Rondell zwischen Brienner Straße und Maximiliansplatz der Name „Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ beschlossen. Seine Lage inmitten der Stadt und „vor allem die Tatsache, dass das Denkmal des großen deutschen Dichters Friedrich von Schiller trägt, der Freiheit und Menschenwürde in seinen Werken feierte“, lassen diesen Ort „als Erinnerungsstätte besonders geeignet erscheinen“. Der Standort wird bewusst gewählt, denn schräg gegenüber - im 1944 zerstörten ehemaligen Wittelsbacher Palais an der Brienner Straße 50 - befand sich das gefürchtete Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei - das Zentrum der politischen Verfolgung. Die Länge des Platznamens macht sein Aussprechen zwar praktisch unmöglich. Doch das macht nichts, denn der Platz dient nicht als Adresse. Er ist einfach ein Verkehrsknoten mit Grünfläche. Der Form halber hat er aber trotzdem eine Postleitzahl erhalten: 80333.

6. Juni 1946 – Der erste frei gewählte Münchner Stadtrat der Nachkriegszeit

München-Graggenau * Der erste frei gewählte Münchner Stadtrat der Nachkriegszeit kommt im provisorisch eingerichteten Großen Sitzungssaal zusammen.

April 1947 – Aus den „Müllkutschern“ werden „Kraftfahrer“

München * Der Münchner Stadtrat beschließt, einen Teil des Fuhrparks zu motorisieren. Die



„Müllkutscher“ stellen ihre Peitsche in die Ecke; an ihre Stelle treten „Kraftfahrer“.

1948 – Der Deutsche Alpenverein darf die Praterinsel weiterhin mietfrei nutzen

München-Lehel - Praterinsel * Nach einem Beschluss des Münchner Stadtrats darf der Deutsche Alpenverein - DAV das Gebäude des zerstörten Alpinen Museums auf der Praterinsel weiterhin mietfrei nutzen.

20. September 1952 – Der Löwenbräu-Löwe erhält einen Maulkorb

München-Theresienwiese * Der Oktoberfestausschuss des Münchner Stadtrats erteilt dem Löwen auf dem Löwenbräu-Festzelt einen Maulkorb, nachdem die sieben großen Wiesnbrauereien vereinbarten, dass akustische Brauerei-Reklame unzulässig sei. Der Löwe bleibt daraufhin stumm und wird von der Löwenbrauerei mit einem gigantischen Schloss hinter einer Glasscheibe dekoriert.

19. September 1953 – Der Löwe auf dem Löwenbräu-Festzelt darf wieder brüllen

München-Theresienwiese * Der 4,50 Meter große Löwe auf dem Löwenbräu-Festzelt darf wieder brüllen. Die Öffentlichkeit hatte für die Maulkorb-Maßnahme des Stadtrats kein Verständnis gezeigt. Im Gegenteil, der brüllende Löwe war zu einem Wahrzeichen des Oktoberfestes geworden. Gemeinsam mit der Löwenbrauerei protestierten die Wiesnbesucher gegen den Maulkorb.

1956 – Der Stadtrat beauftragt die Instandsetzung des Siegestores

München-Maxvorstadt - München-Schwabing * Der Stadtrat beauftragt die Architekten Otto Roth und Josef Wiedemann mit der Instandsetzung des Siegestores.

1961 – Der Stadtrat setzt jetzt auf Müllverbrennung

München-Großlappen * Schon wenige Jahre nach der Inbetriebnahme der Großanlage für Müllverwertung in Großlappen ist die Anlage zu klein. Der Stadtrat setzt jetzt auf die



Müllverbrennung.

27. Juni 1962 – Die Mitglieder des Stadtrats stellen sich hinter die Münchner Stadtpolizei

München-Graggenau * In einer Interfraktionellen Erklärung stellen sich nahezu alle Mitglieder des Stadtrats hinter die Münchner Stadtpolizei.

13. Januar 1965 – Ein provisorisches Denkmal aus Flossenbürger Granit

München-Maxvorstadt * Nach einem Stadtrats-Beschluss soll auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus ein provisorisches Denkmal errichtet werden. Als Mahnmal wird ein 2,50 Meter hoher und 1,10 Meter breiter Findling aus Flossenbürger Granit aufgestellt, den der Bildhauer Karl Oppenrieder mit der Inschrift „Den Opfern des Nationalsozialismus“ versehen hat.

14. Januar 1969 – Schwierige Benennung von zwei Straßen in Neu-Perlach

München * Im Stadtrat geht es um die Benennung von zwei Straßen in Neu-Perlach nach Karl Marx und Kurt Eisner. Während Marx der CSU-Fraktion „nicht problematisch“ erscheint, entzündet sich die Diskussion an Kurt Eisner. Denn: „München hat keine Veranlassung Eisner zu ehren. Sein Name ist in der Bevölkerung mit viel Unheil verbunden, auch wegen der Ereignisse nach [!] seinem Tod.“

8. Oktober 1969 – Die Konche des Ludwig II.-Denkmals wird entfernt

München-Au - München-Isarvorstadt * Aufgrund eines Beschlusses des Stadtrats vom 8. Oktober 1969 werden die Reste des Denkmalbaus (Konche) auf der Corneliusbrücke im Winter 1969/70 samt aufgestockter Terrasse und Treppenanlage abgebaut. Das geschieht freilich gegen den Protest der „Königstreuen“.

1970 – Das Lehel wird wieder zum Wohngebiet

München-Lehel * Der Stadtratsbeschluss von 1966, wonach das Lehel vor allem der gewerblichen Nutzung vorbehalten sein soll, wird revidiert. Das Lehel wird wieder zum



Wohngebiet. ;

Februar 1973 – Stadtrat Siegmund Geiselberger regt die Errichtung einer Gedenktafel an

München * Stadtrat Siegmund Geiselberger, damals noch Mitglied der SPD, nimmt den anstehenden 55. Todestag ;Kurt Eisners zum Anlass, die Errichtung einer Gedenktafel ;anzuregen.

15. August 1974 – Die Bäcker-Kunstmühle wird stillgelegt

München-Untergiesing * „Der Wettbewerb unter den Mühlenbetrieben wurde in den folgenden Jahren so hart, dass die von der Einkaufs- und Liefergenossenschaft als Pächterin betriebene Mühle immer stärker in die roten Zahlen geriet“, erklärt der Obermeister der Bäckerinnung, der damalige Stadtrat Heinrich Traublinger. Jetzt flattert die schwarze Fahne auf dem Dach des traditionsreichen Mühlenbetriebs. Die Bäcker-Kunstmühle wird in diesem Jahr aufgrund eines Gesetzes „Zum Abbau von Überkapazitäten im Mühlengewerbe“ - für die Entschädigungssumme von 1,7 Millionen DMark - eingestellt. Das Grundstück wird an das Ingenieurbüro Obermayer vergeben, dass das heute an dieser Stelle stehende Bürohochhaus erbaut.

1976 – Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner

München-Grägenau * Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Der Hausbesitzer Falk Volkhardt weiß die Anbringung der Erinnerungsplatte an der Fassade des Montgelas-Palais, das inzwischen zum Hotel Bayerischer Hof gehört, zu verhindern. Er verweigert die Anbringung der Gedenktafel mit seinen Bedenken, dass sich diese „geschäftsschädigend“ auswirken und die Tafel möglicherweise Sprengstoffanschläge und Beschädigungen provozieren könnte. Dieses Risiko will natürlich keiner der Verantwortlichen tragen.

1980 – Die Sperrbezirks-Verordnung wird deutlich verschärft

München * Nachdem die CSU im Jahr 1978 die Mehrheit im Münchner Stadtrat errungen hat, wird die Sperrbezirks-Verordnung 1980 nochmals deutlich verschärft.



1. Juli 1982 – Eine neue Nacktbadeverordnung für einen hüllenfreien Aufenthalt

München-Englischer Garten * Der Stadtrat beschließt die Nacktbadeverordnung. Ab sofort darf man legal auf der Schönfeldwiese [= „Poebene“] und in der Schwabinger Bucht komplett hüllenfrei liegen, sitzen und herumtollen.

1983 – Der Stadtrat beschließt den Entwurf für ein neues Mahnmals

München-Maxvorstadt * Nachdem vermehrt Einwände gegen die provisorische Lösung auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus laut geworden sind, beschließen im Jahr 1983 die Fraktionen des Münchner Stadtrats, einen Wettbewerb für den Entwurf eines neuen Mahnmals ausloben zu lassen.

25. September 1984 – Zwei kleine Männer rasen wie ungebremste Lokomotiven aufeinander

München-Theresienwiese * Günter Jauch, Journalist beim Bayerischen Rundfunk, findet heraus, dass in Richard Süßmeiers Armbrustschützenzelt aus einem Hirschen (200-Liter-Fass) 289 Mass Wiesnbier ausgeschenkt werden. Süßmeier nimmt das Ganze auf die leichte Schulter und macht sich darüber lustig. Peter Gauweiler, CSU-Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent, geht gegen Süßmeier wegen betrügerischen Einschenkens vor. Der Wiesnwirt beruft daraufhin eine Pressekonferenz ein, verkleidet sich als Gauweiler und hängt Gauweiler-Plakate mit dem Schriftzug „Gauweiler sieht Dich!“, „Gauweiler paßt auf!“ und „Gauweiler is watching you!“ an die Zeltwände. Sein Schankkellner Biwi Wallner zeigt schließlich noch, wie man aus einem ganzen Hendl drei halbe Hendl machen kann. Dass er zuvor eine Hälfte hatte einnähen lassen, finden nicht Alle lustig. Allen voran Peter Gauweiler. Bei der darauf folgenden einer Razzia in Süßmeiers Armbrustschützenzelt werden 23 „Verstöße gegen das Ausländerrecht“ festgestellt. Einige Hilfskräfte haben illegal gearbeitet. Süßmeiers Beteuerungen, er habe davon nichts gewusst, glaubt die Gegenseite natürlich nicht - und handelt: Gauweiler entzieht Süßmeier die Festzeltkonzession. Zwei Tage später wird mit Helmut Huber ein neuer Wirt eingesetzt.

17. Juli 1985 – Abriss des Karl-Valentin-Geburtshauses abgelehnt

München - München-Au * Der Planungsausschuss des Stadtrats lehnt den Antrag auf Abriss des „Karl-Valentin-Geburtshaues“ in der Zeppelinstraße 41 ab und tritt mit den Eigentümern, Bernhard Sprenger und Evelyn Hofer, in Verkaufsverhandlungen ein.



20. August 1985 – Ein Antrag für eine würdige Gestaltung eines Denkmals für Kurt Eisner

München-Graggenau * Der SPD-Stadtrat Alfred Lottmann stellt - aus Anlass des drei Jahre später bevorstehenden 70. Jahrestage der Revolution und der Ermordung Kurt Eisners - an Oberbürgermeister Georg Kronawitter den Antrag für eine „Würdige Gestaltung eines Denkmals für Kurt Eisner“ und kritisiert dabei entschieden die im Jahr 1976 gefundene Lösung. Lottmann regt eine Veränderung der Straßenführung in der heutigen Kardinal-Faulhaber-Straße an, um dort den Platz für eine „Säule oder ähnliches“ zu schaffen.

21. September 1985 – Das Container-Bier beginnt sich auf der Wiesn durchzusetzen

München-Theresienwiese • Das Container-Bier beginnt sich auf der Wiesn durchzusetzen, auch wenn der Stadtrat nur einen „rückholbaren Versuch“ genehmigen will, weil „eine auf der Welt einzigartige Tradition nicht einfach beendet werden kann“. Selbst der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß beklagt, dass hier „die Axt ans Eichenfass“ gelegt und dadurch „ein Stück bayerischer Tradition zu Grabe getragen“ werde.

30. Oktober 1985 – Für ein würdiges Eisner-Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße

München-Graggenau * In der Vollversammlung des Münchner Stadtrates legt Stadtrat Alfred Lottmann ein weiteres Motiv für seine Initiative dar: Es sei dringend an der Zeit, Verleumdungen über Kurt Eisner den Boden zu entziehen, die diesen einerseits als galizischen Ostjuden oder andererseits als verantwortlich für die Opfer der Revolution in der Zeit nach dem Februar 1919 hinstellten. Das adäquate Mittel für eine Rehabilitation Eisners sieht Lottmann in seiner Denkmalinitiative und der dadurch ausgelösten öffentlichen Debatte. Gegen die Stimmen von CSU und FDP wird dem Antrag, Kurt Eisner ein „würdiges Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße“ errichten zu lassen, stattgegeben. Doch eine neuerliche Ablehnung des Denkmals im Bauausschuss zeichnet sich ab.

Dezember 1985 – Die „Ewige Flamme“ soll nur noch an besonderen Gedenktagen brennen

München-Maxvorstadt * Knapp drei Wochen nach der Einweihung des neuen Mahnmals auf dem Patz der Opfer des Nationalsozialismus beschließt der Münchner Stadtrat, dass die „Ewige Flamme“ nur an besonderen Gedenktagen beziehungsweise nur nachts brennen soll.



5. März 1986 – Die Kommission Kunst am Bau beschäftigt sich mit dem Eisner-Denkmal

München-Graggenau * In der Stadtratssitzung werden die Planungen für das Denkmal für Kurt Eisner in der Kardinal-Faulhaber-Straße verworfen. Nun beschäftigt sich die Kommission Kunst am Bau in neun Sitzungen mit dem Problem eines Eisner-Denkmal.

November 1986 – Die Ewige Flamme darf am Tag und in der Nacht brennen

München-Maxvorstadt * Der Stadtrat hebt die Sparmaßnahme, wonach die „Ewige Flamme“ im neuen Mahnmals auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus nur an besonderen Gedenktagen beziehungsweise nur nachts brennen soll, wieder auf, weil damit die „wesentliche Symbolik des Mahnmals außer Kraft gesetzt“ würde. Damit wird eine mehr als peinlich zu bezeichnende Diskussion beendet.

22. Februar 1989 – Der Streit um die „richtige Inschrift“ am Eisner-Bodendenkmal

München-Graggenau * Bei der Stadtrats-Sitzung stehen zwei Vorschläge für die „richtige Inschrift“ am Bodendenkmal für Kurt Eisner zur Auswahl. Während die Vertreter der verschiedenen Parteien rasch überein kommen, das ursprünglich vorgesehene „erschossen“ durch „ermordet“ zu ersetzen, entwickelt sich um die Verwendung der Begriffe „Freistaat“ und „Volksstaat“ eine scharf geführte Auseinandersetzung. Soll man nun Kurt Eisner als den Begründer des Freistaates Bayern bezeichnen oder gründete er bloß den Volksstaat Bayern? Beide Begriffe wurden im Jahr 1918 gleichzeitig und synonym verwendet und sollten nichts anderes als Republik bedeuten. Aber im Rückblick will man den heute so geschätzten Begriff Freistaat nicht ausgerechnet einem linken Politiker zuschreiben. Dagegen denkt man bei Volksstaat eher an die Sprache des Dritten Reiches und der damaligen DDR. Der SPD-Vorschlag für die Gedenkplatte lautet: „Kurt Eisner. 1867 - 1919. Begründer des Freistaates Bayern und Ministerpräsident wurde am 21. Februar 1919 hier vor seinem Amtssitz ermordet.“ Es soll aber derjenige die Mehrheit erhalten, der das Reizwort Freistaat vermeidet. Der Vorschlag von Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier [CSU] setzt sich bei der Abstimmung mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und Grüne/ALM gegen die Stimmen der SPD durch. Die Inschrift auf der Gedenktafel - als die „offizielle Wahrheit“ - lautet deshalb: „KURT EISNER, DER AM 8. NOVEMBER 1918 DIE BAYERISCHE REPUBLIK AUSRIEF, NACHMALIGER MINISTERPRÄSIDENT DES VOLKSSTAATES BAYERN, WURDE AN DIESER STELLE AM 21. FEBRUAR 1919 ERMORDET.“



6. Oktober 1989 – Münchens Städtepartnerschaft mit Kiew

München - Kiew * Zwischen der ukrainischen Hauptstadt Kiew und München wird eine Städtepartnerschaft gegründet. Bei der Auswahl geht es dem Stadtrat um eine politische Entspannung und die Ost-West-Annäherung.

1. Oktober 1992 – Das Valentin-Geburtshaus soll an Rudolph Moshhammer verkauft werden

München-Au * In einer Beschlussvorlage des Stadtrats wird der Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 an den Modemacher Rudolph Mooshammer vorgeschlagen, wenn der zuständige Bezirksausschuss dem Vorhaben zustimmt.

22. Februar 1993 – Beibehaltung des Straßennamens der Von-Trotha-Straße beschlossen

München-Graggenau - München-Trudering * Die Beibehaltung des Straßennamens der Von-Trotha-Straße wird im Stadtrat beschlossen. Die zugehörige Namensklärung wird aber derart geändert, dass diese nicht mehr dem General Lothar von Trotha, sondern dem gesamten Adelsgeschlecht der von Trotha gewidmet ist.

21. Juli 1994 – Der Stadtrat beschließt den Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses

München-Au * Der Stadtrat beschließt mit schwarz-grüner Mehrheit den Verkauf des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 an Rudolph Moshhammer. Sein Konzept sieht folgendermaßen aus: Moshhammer will im Valentin-Haus die „längste Theke Münchens“ einrichten. Eine Gaststätte im Vorderhaus mit etwas Wohnraum darüber, ein weiteres Lokal im Bistrotstil samt Terrasse, ein Kino oder Theaterraum im Rückgebäude.

1999 – Forderung für ein Denkmal für die Wiederaufbau-Generation

München * Die CSU-Stadtratsfraktion fordert die Errichtung eines Denkmals für die Wiederaufbau-Generation in München.

10. November 1999 – Eine Auszeichnung für die Valentin-Stadthäuser



München-Au * Der Stadtrat beschließt, dem Dipl.-Ing. Klaus Schmidt und seinem Architekten Gert Bayer für die fünf Stadthäuser im Hof der Zeppelinstraße 41 als vorbildliche Baumaßnahme eine „Lobende Erwähnung“ zuzuerkennen. Die entsprechende Urkunde wird ihnen am 7. Februar 2000 ausgehändigt.

2000 – Wie gehts mit dem Deutschen Theater weiter?

München-Ludwigsvorstadt * Der Stadtrat will wissen, wie es um das Deutsche Theater steht. Rund zwei Dutzend Experten begutachten in der folgenden Zeit nahezu jeden Winkel des Gebäudes.

April 2003 – Das Wirtschaftsreferat will das Deutsche Theater schließen

München-Ludwigsvorstadt * Die Untersuchungsergebnisse zum Deutschen Theater werden den Stadträten vorgelegt. Das Wirtschaftsreferat berechnet die Kosten für die notwendige Sanierung mit 138 Millionen Euro und empfiehlt aufgrund der „unfinanzierbaren Kosten“, das Theater zu schließen. Innerhalb kürzester Zeit werden 60.000 Unterschriften zum Erhalt des Deutschen Theaters gesammelt. Auch Oberbürgermeister Christian Ude will das Deutsche Theater dicht machen, doch das Theater und seine Freunde kämpfen dagegen, schlagen günstigere Alternativen vor, auch einen Neubau. Doch der kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Frage.

16. Juni 2003 – Kolonialgeschichte in den Münchner Straßennamen

München-Graggenau * Stadtrat Siegfried Benker forderte im Namen der Fraktion der GRÜNEN in einem Antrag, sich mit der Kolonialgeschichte in den Münchner Straßennamen und dem Umgang mit diesem Erbe verstärkt zu befassen: Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Straßennamen nach Personen, Ereignissen und Orten aus der Geschichte der ehemaligen deutschen Kolonien benannt sind. Dem Stadtrat wird ein Vorschlag unterbreitet, wie mit diesem Kolonialerbe umgegangen werden soll. Die Diskussion drehte sich im Vorfeld um die Von-Trotha-Straße, die Von-Gravenreuth-Straße, die Dominikstraße und die Wißmannstraße.

1. August 2003 – Hans Podiuk: „Kann keine Verherrlichung von Kolonialverbrechen erkennen“

München * Der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, Hans Podiuk, selbst Bewohner des



Kolonialviertels, entrüstet sich über den Antrag auf mögliche Straßenumbenennungen: „Ich persönlich kann keine Verherrlichung von Kolonialverbrechen erkennen, wenn Straßen nach Orten oder Personen aus der Kolonialzeit benannt sind“.

25. September 2003 – 29 Straßennamen werden gutachterlich überprüft

München * Mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN beschließt der Stadtrat, dass 29 Straßennamen gutachterlich überprüft werden, die einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Kolonialzeit haben. Noch am gleichen Tag spricht die CSU von einem „Entkolonisierungs-Feldzug“ und davon, dass „es überhaupt keine Notwendigkeit gibt [...] die Straßenumbenennungen aus der Kolonialzeit [...] intensiver zu durchleuchten“.

Dezember 2003 – Die Verkaufspläne für das Deutsche Theater zerschlagen sich

München-Ludwigsvorstadt * Der Stadtrat beschließt, vier Millionen Euro für die Notsanierung des Deutschen Theaters zur Verfügung zu stellen, um dort bis Ende 2007 spielen zu können und in der Zwischenzeit einen privaten Investor zu finden. Doch alle Verkaufspläne zerschlagen sich. Es wird klar, die Stadt müsste ihre Bühne herschenken und einem Käufer für die Sanierung sogar noch 30 Millionen Euro drauflegen.

26. September 2005 – Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesen-Attentat

München - Berlin - Wiesbaden * Am 25. Jahrestag des Wiesen-Attentats bringen mehrere Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Der Antrag findet keine politische Mehrheit und wird vom Bundeskriminalamt - BKA abschlägig beschieden.

16. September 2006 – Ein CSU-Stadtrat flippt vor der Käfer-Wies'nschänke aus

München-Theresienwiese * Der ehemalige CSU-Jungspund Christian Baretti, (er ist 2005 aus der CSU ausgetreten) seinerzeit Stadtrat und Drahtzieher der CSU-Wahlfälschungsaffäre, droht dem Türsteher der Käfer-Wies'nschänke: „Ich werde Euere Haus zerlegen“. Als der Chef des Wachdienstes ankündigt, den Fall der Stadt zu melden, bleibt Baretti stur - und wird letztlich doch



ins Zelt gelassen. Doch sein Auftritt hat eine Konsequenz: Er erhält eine schriftliche Missbilligung der Stadt.

5. Oktober 2006 – Stadtrats beschließt die Umbenennung der Von-Trotha-Straße

München-Grägenau - München-Trudering * Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats beschließt die Umbenennung der Von-Throta-Straße in Hererostraße.

14. Februar 2007 – München behält das Deutsche Theater und renoviert es

München-Ludwigsvorstadt * Der Stadtrat lehnt das letzte Kaufangebot der Musicalfirma Stage Entertainment ab und entscheidet: München behält das Deutsche Theater und renoviert es.

Mai 2008 – Die Sanierung für das Deutsche Theater soll 79,5 Millionen € kosten

München-Ludwigsvorstadt * Die vom Stadtrat gebilligte Mindestsanierung für das Deutsche Theater soll 79,5 Millionen Euro kosten, inklusive Risikoreserve. Später wird das Budget wegen der Preisentwicklung auf 86 Millionen Euro aufgestockt. Bis zum Herbst 2011 soll alles fertig sein.

25. Juni 2008 – Der Stadtrat will ein neues Kurt-Eisner-Denkmal

München * Aufgrund des bevorstehenden 90. Todestages von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 beschließt der Stadtrat die Ausschreibung eines neuen Denkmals für den ersten demokratischen Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern.

Dezember 2008 – Der Platz der Opfer des Nationalsozialismus soll würdiger gestaltet werden

München * Der Ältestenrat des Münchner Stadtrats spricht sich einstimmig für eine würdigere Gestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus aus. Es besteht Einvernehmen darüber, dass dieser Ort die zentrale Gedenkstätte bleiben müsse.

März 2010 – Das Konzept für die Neugestaltung des Platzes der Opfer wird vorgestellt



München-Maxvorstadt * Dem Stadtrat wird ein Konzept über die Neugestaltung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus vorgestellt. Eine zusammenhängende Platzfläche soll ein ungestörtes, zur Besinnung anregendes Verweilen ermöglichen. Den Schwerpunkt des Platzes bildet eine nahezu quadratische Fläche, in deren Zentrum das bestehende Denkmal neu platziert wird. Durch zusätzliche Inschriften werden das Gedenken an alle Opfergruppen sowie der Hinweis auf den örtlichen Bezug zur Gestapo-Zentrale und dem künftigen NS-Dokumentationszentrum stärker hervorgehoben.

Mai 2011 – Die Grünen machen sich stark für den Erhalt der Birkenau

München-Untergiesing * Die Stadtratsfraktion der Grünen macht sich stark für den Erhalt der Birkenau, dem historischen Kutscherviertel in Untergiesing.

8. Mai 2012 – Vergabe der Konzessionen für die Wiesen 2012

München-Graggenau * Der Wirtschaftsausschuss des Stadtrats entscheidet über die Vergabe der Konzessionen für die Wiesen 2012. Wiesnwirt Sepp Krätz kann vorerst das Hippodrom weiterbetreiben. Der Grund: Die Staatsanwaltschaft braucht noch Zeit, um die Ermittlungen in Sachen Steuerhinterziehung abzuschließen. Diese haben im Herbst 2011 begonnen. Krätz soll in seinem Andechser am Dom Personalabgaben nicht korrekt abgeführt haben. Insgesamt werden drei Durchsuchungen von der Steuerfahndung durchgeführt.

Die Stadt hat ihn 2011 bereits abgemahnt, weil er im Hippodrom Angestellte geschlagen hat. Wegen dieses Vorfalls ist er mit einem Strafbefehl über 18.000 € belegt worden, den er letztlich akzeptiert hat.

2014 – König Ludwig II. im Stadtrats-Wahlkampf

München-Au - München-Isarvorstadt * Im Wahlkampf zur Stadtratswahl 2014 kommen dann alle Parteien in die „Deutschen Eiche“, ein Hotel mit einer der weltweit größten und erfolgreichsten Schwulensaunen, um zu zeigen, dass sie auch für die LGBT-Gemeinde wählbar sind. Der CSU-Spitzenkandidat und spätere 2. Bürgermeister, Josef „Seppi“ Schmid, bringt - gegen die Intention Dietmar Holzapfels - die Idee vorschnell in den Stadtrat ein. Und dann passiert, was passieren muss: Die Parteien im Rathaus rüsten sich zum Wahlkampf - und wie nicht anders zu erwarten, prallen jetzt die unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen aufeinander. Wenn es nach der sich damals in der Opposition befindenden CSU geht, soll das an den



„Märchenkönig“ erinnernde monumentale Denkmal sofort wieder entstehen - und zwar in historischer Größe und umgeben mit einem monumentalen Portikus. Außerdem soll geprüft werden, ob im Unterbau des Denkmals möglicherweise ein Café Platz finden könnte, damit die Bevölkerung den herrlichen Blick auf die Isar und die Maximilianskirche jederzeit genießen kann, was jetzt ja nur von steinernen Bänken aus oder beim sommerlichen „Kulturstrand“ der Urbanauten möglich ist. Für die Regierungsparteien SPD und Grüne soll alles so bleiben wie es ist, denn es sei „nicht zeitgemäß“, im 21. Jahrhundert ein Königsmonument originalgetreu wieder aufzubauen, es gebe wesentlich wichtigere Themen im Rathaus zu erledigen. Die Fronten zwischen den Parteien stehen - natürlich mit etlichen Abweichlern - fest. Das Stadtarchiv München wird mit einer Untersuchung der bereits bestehenden Ludwig-II.-Erinnerungsorte beauftragt. Dieses listet neun Stein- und Bronzebildnisse des einstigen Monarchen in München auf.

12. März 2014 – Errichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt

München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt.

16. März 2014 – Der Widerstand gegen das Königs-Denkmal schwindet

München-Au - München-Isarvorstadt * Bei der Stadtratswahl wird die CSU stärkste Fraktion und geht mit der SPD eine Koalition ein. Damit verändert sich auch die Einstellung zum Ludwig-II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke. Noch immer wollen weder die Stadträte der SPD noch der Grünen den meterhohen Kinn neu aus Bronze gießen lassen, da derartige figurliche Darstellungen „zu Beginn des 21. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr die Ausdrucksform einer demokratischen Gesellschaft“ sind.

16. März 2014 – Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in München

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 40,4 Prozent, Josef Schmid [CSU] kommt auf 36,7 Prozent. Sabine Nallinger von den GRÜNEN kommt auf 14,7 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 30. März.

Bei der Wahl zum Stadtrat erhält die CSU 32,6 Prozent [+ 4,9] und 26 [+ 3] Sitze. Die SPD erringt 30,8 Prozent der Stimmen [- 8,9] und 25 [- 8] Sitze. Die GRÜNEN kommen auf 16,6



Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 3,6] und 13 Sitze [+ 2]. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 14 Parteien angetreten: Die FDP erhält 3,4 Prozent [- 3,4] und 3 Stadtratsmandate [- 2], die Freien Wähler bekommen 2,7 Prozent [+ 1,1] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die AfD kommt auf 2,5 Prozent [+ 2,5] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die ÖDP erreicht 2,5 Prozent [+ 0,8] und 2 Stadtratsmandate [+ 1], die Linke bekommt 2,4 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate [- 1], die Rosa Liste kommt auf 1,9 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, die Partei Hut erklimmt 1,3 Prozent [+ 1,3] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Piraten erhalten 1,2 Prozent [+ 1,2] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Bayernpartei - BP bekommt 0,9 Prozent [- 0,7] und ein Stadtratsmandat, die rechtsradikale Bürgerinitiative Ausländerstopp - BIA kommt auf immerhin 0,7 Prozent [- 0,7] und erhält ein Stadtratsmandat, die islamfeindliche Partei Die Freiheit kommt auf 0,6 Prozent [+ 0,6], bekommt aber keinen Platz im Münchner Stadtrat. Damit ist das seit 1990 bestehende Rot-Grüne Bündnis gescheitert. Auch bei der Wahl zum Bezirksausschuss verliert die SPD massiv. Nur noch in 9 von 25 Gremien ist die SPD stärkste Fraktion (Bisher: 21). Die CSU wird in 13 Stadtbezirken stärkste Kraft (Bisher: 4) Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion in Au/Haidhausen, in der Ludwigsvorsadt-Isarvostadt und in der Maxvorstadt.

2. Mai 2014 – Der neugewählte Stadtrat nimmt seine Tätigkeit auf

München * Der neugewählte Stadtrat konstituiert sich.

26. Mai 2014 – Georg Schlagbauer (CSU) wird neuer Wiesen-Stadtrat

München-Graggenau - München-Theresienwiese * Der Landesinnungsmeister der bayerischen Metzger Georg Schlagbauer von der CSU wird neuer Wiesen-Stadtrat. Der Besitzer einer Metzgerei am Viktualienmarkt übernimmt mit dieser Funktion eine langjährige Domäne der SPD. Sein Vorgänger ist Helmut Schmid.

8. Juli 2014 – Der Stadtrat bestätigt die Ausweispflicht für Wiesen-Ordner

München-Graggenau - München-Theresienwiese * Der Stadtrat bestätigt in seiner Vollversammlung die Ausweispflicht für Wiesen-Ordner und die entsprechenden Bußgelder bei Nichteinhaltung der Vorschriften.



21. April 2015 – Die Hühnerbraterei Poschner fliegt von der Wiesen

München-Graggenau - München-Theresienwiese * Der Stadtrats-Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft diskutiert in einer nichtöffentlichen Sitzung über die Bewerbungen für das diesjährige Oktoberfest. Insgesamt liegen dem Wirtschaftsausschuss 1.214 Bewerbungen vor, 2014 waren es noch 1.310 gewesen. 568 Bewerber werden zugelassen [2014: 569]. Die Bandbreite reicht vom großen Bierzelt bis zum Zuckerwattestand, von der Achterbahn bis zum Flohmarkt. Das Schützen-Festzelt soll künftig 7.000 statt bisher 5.500 Plätze bekommen. Gleichzeitig wird die Festhalle schmaler. Die Hühnerbraterei Poschner und sein Inhaber Berni Luft kommt nicht mehr zum Zug. Dafür erhält Josef Able, der ältere Bruder des Marstall-Wiesnwirts Siegfried Able, einen Standplatz. Über das Konzept ist noch nichts bekannt.

31. Oktober 2016 – Das Verbot des Taubenfütterungsverbot fällt

München * Der Stadtratsbeschluss, der das Füttern von Tauben im Stadtgebiet verbietet, läuft nach 20 Jahren aus.

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tiefunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“

23. Mai 2017 – Umbenennung des Marienhofs vom Stadtrat abgelehnt

München * Die Forderung der Stadtratsfraktion Die Linke und des Vereins Das andere München, den Marienhof in Kurt-Eisner-Platz umzubenennen, wird vom Stadtrat der LH München abgelehnt.

26. Juli 2017 – Stadtrat beschließt Umwandlung des Valentin-Karlstadt-Musäums



München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt in seiner Vollversammlung, dass das Valentin-Karlstadt-Musäum zum 1. Januar 2018 ein städtischer Betrieb wird. Damit kommt das Valentin-Karlstadt-Musäum dorthin, wo es eigentlich schon immer hingehört - in die Hände der Münchner Stadtgesellschaft.

5. Juli 2018 – Einführung eines jährlichen Gedenktages für die Sinti und Roma beschlossen

München-Graggenau * Der Kulturausschuss des Münchner Stadtrats beschließt die Einführung eines jährlichen Gedenktages für die von den Nazis deportierten und ermordeten Sinti und Roma.

23. Juni 2019 – Barbusige Frauen an das Nacktbadeverbot erinnert

München * Mehrere Männer eines Sicherheitsdienstes haben barbusige Frauen am Isarufer zwischen Wittelsbacherbrücke und Reichenbachbrücke angesprochen und sie an das Nacktbadeverbot erinnert, das mit einigen Ausnahmen überall in der Landeshauptstadt gilt, obwohl der Wachdienst angewiesen worden war, das textilfreie Baden an der Isar auch außerhalb der FKK-Zonen nicht von sich aus zu verfolgen. Die Badeverordnung verlangt etwas unpräzise: „Wer öffentlich badet, muss im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München Badekleidung tragen“. Der Stadtrat muss sich nun in seiner Sitzung am 26. Juni damit beschäftigen, wie viel Nacktheit München verträgt und was unter „nackt“ überhaupt zu verstehen sei.

26. Juni 2019 – Jetzt ist endlich geklärt, was „nackt“ ist

München * Die CSU-Stadtratsfraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag für die Vollversammlung des Stadtrats in dem es heißt: „Die Badekleidungssatzung der Landeshauptstadt München wird dahingehend geändert, dass Badebekleidung im Sinne dieser Satzung die primären Geschlechtsorgane vollständig bedecken muss.“ Damit ist geklärt, was „nackt“ ist.

2. Juli 2019 – Eine Sparversion des Königsdenkmals auf der Corneliusbrücke

München-Au - München-Isarvorstadt * Der Stadtrat beschäftigt sich mit der Detailplanung für das neue König-Ludwig-Zwo-Denkmal auf dem Isarbalkon der Corneliusbrücke. Die neue



Denkmalanlage soll 500.000 Euro kosten, wovon ein Drittel eine private Initiative um Dietmar Holzapfel zahlen wird.

18. Dezember 2019 – Der Münchner Stadtrat beschließt den Klimanotstand

München-Graggenau * Der Münchner Stadtrat beschließt den Klimanotstand und will schon bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden.

6. April 2022 – Von der Biotopfläche zum Brauereigelände

München-Giesing * Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan von einer Biotopfläche in ein „Sondergebiet Brauerei“ zu ändern. Auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle kann der Unternehmer Dietrich Sailer nun die Münchner-Kindl-Brauerei errichten. Die Fläche ist bereits versiegelt und wurde zuvor gewerblich als Tankstelle genutzt. Geplant ist eine Brauerei mit einer Jahresproduktion von bis zu 12.000 Hektolitern sowie eine Gastronomie mit 199 Sitzplätzen.

8. März 2026 – Ergebnis der Kommunalwahlen in München 2026

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 35,6 Prozent, Dominik Krause von den GRÜNEN kommt auf 29,5 Prozent, Clemens Baumgärtner [CSU] kommt auf 21,3 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 22. März. Bei der Wahl zum Stadtrat kommen die GRÜNEN auf 26,5 Prozent der Stimmen [-2,6] und 21 Sitze. Die SPD erringt 19,1 Prozent der Stimmen [- 2,8] und 15 Sitze. Die CSU erhält 24,9 Prozent [+ 0,2] und 19 Sitze. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 11 Parteien angetreten: Die Linke bekommt 6,6 Prozent [+ 3,3] und 5 Stadtratsmandate, die AfD kommt auf 5,9 Prozent [+ 2,1] und 5 Stadtratsmandate, Volt erklimmt 4,7 Prozent [+ 2,9] und 4 Stadtratsmandate, die FDP erhält 3,4 Prozent [- 0,1] und 3 Stadtratsmandate, die ÖDP erreicht 2,7 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate, die Freien Wähler bekommen 2,5 Prozent [+/- 0] und 2 Stadtratsmandate, die Rosa Liste kommt auf 1 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, Bündnis Kultur erreicht 0,9 Prozent [+ 0,9] und ein Stadtratsmandat, Die Partei erklimmt 0,7 Prozent [- 0,6] und ein Stadtratsmandat, die München Liste kommt auf 0,7 Prozent [- 0,1] und ein Stadtratsmandat, die Bayernpartei - BP bekommt 0,4 Prozent [- 0,3] und ein Stadtratsmandat, Bei der Wahl zum Bezirksausschuss werden die GRÜNEN in 15 von 25 Gremien stärkste Kraft, die CSU gewinnt in zehn Bezirksausschüssen die Mehrheit, die



SPD hat in keinem Bezirksausschuss noch eine Mehrheit.
